

Germany-Esslingen: Building construction work

OJ S 92/2019 14/05/2019

Contract notice

Works

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landkreis Esslingen

Postal address: Pulverwiesen 11

Town: Esslingen

NUTS code: DE113 Esslingen

Postal code: 73726

Country: Germany

E-mail: LRA-ES-Verwaltungsgebäude@menoldbezler.de

Internet address(es):

Main address: <https://www.landkreis-esslingen.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZY8F7/documents>

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZY8F7>

Additional information can be obtained from another address:

Official name: Menold Bezler Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

Postal address: Rheinstahlstraße 3

Town: Stuttgart

NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postal code: 70469

Country: Germany

Contact person: Dr. Frank Meininger

E-mail: LRA-ES-Verwaltungsgebäude@menoldbezler.de

Internet address(es):

Main address: www.menoldbezler.de

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

II.1.2. Main CPV code

45210000 Building construction work

II.1.3. Type of contract

Works

II.1.4. Short description

Europaweite Vergabe von Planungs- und Bauleistungen für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71240000 Architectural, engineering and planning services, 71320000 Engineering design services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE113 Esslingen

Main site or place of performance: Esslingen

II.2.4. Description of the procurement

Das Landratsamt Esslingen plant den Neubau eines Verwaltungsgebäudes („VES“) auf dem Grundstück Pulverwiesen 11, in Esslingen. Der Neubau steht im Kontext einer Neustrukturierung des Landratsamts Esslingen. Das Landratsamt Esslingen muss während der geplanten Baumaßnahme uneingeschränkt funktionsfähig sein, um seine Aufgaben für den Landkreis erfüllen zu können. Aus diesem Grund müssen im Stadtgebiet Esslingen zusätzliche Interimsflächen angemietet werden, um die Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Der angrenzende Erweiterungsbau inkl. Tiefgarage in Esslingen aus dem Jahr 2008 muss voll funktionstüchtig erhalten werden.

Diese zeitlichen und räumlichen Abhängigkeiten prägen das vorliegende Projekt VES entsprechend. Verzögerungen im Projekt bedingen an anderer Stelle monetäre, zeitliche und organisatorische Herausforderungen. Das Projekt umfasst eine Fläche von rd. 22 150 m² Nutzfläche und soll ca. 675 Arbeitsplätze sowie insgesamt bis zu 280 Mitarbeiterstellplätze beinhalten. Die bauliche Fertigstellung ist spätestens bis Juni 2025 geplant. Aspekte der Nachhaltigkeit sind umzusetzen. Das Gebäude hat eine Zertifizierung gemäß DGNB In Gold zu erreichen und eine Energieeffizienz nach KfW 40 vorzuweisen.

Der AG überträgt dem AN die Planung, den schlüsselfertigen, funktionsbereiten und zur Aufnahme des Betriebs durch den AG geeigneten Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes mit Sondernutzungen (geförderte KiTa, Kantine, Zulassungsstelle, Sitzungssäle, Katastrophenzentrum) auf dem bisherigen Grundstück (Flst. Nr. 1043/1) einschließlich der Neugestaltung des Grundstücks und der öffentlichen Erschließung bis zur Leitungsgrenze bzw. bis zum Medienanschlusspunkt. Der Leistungsumfang umfasst auch Interimsmaßnahmen und Anpassungsarbeiten am „Erweiterungsbau“.

Im Vorfeld der Baumaßnahme ist das bestehende Gebäude aus den 1970er Jahren fachgerecht zu räumen, abzurechen und zu entsorgen - der angrenzende Erweiterungsbau muss dabei durchgängig betriebsbereit erhalten werden und für die Öffentlichkeit des Landkreises unterbrechungsfrei zur Verfügung stehen. Dabei ist für den Erweiterungsbau ebenfalls das Anpassen der Tiefgaragenzufahrt, die Schaffung eines neuen Eingangsbereiches mit entsprechender Umsetzung des Brandschutzes Gegenstand der Leistung.

Teil der Leistung sind auch die Lieferleistungen zur Möblierung (KG 600) für die maßgeblichen Bürobereiche, Sitzungssäle, Kantine sowie Besprechungsbereiche.

Der Bieter hat dem Auftraggeber anzubieten, das Verwaltungsgebäude des Landkreises Esslingen nach den Vorgaben des Raumprogramms und der funktionalen Leistungsbeschreibung zu planen sowie schlüsselfertig und betriebsbereit zu errichten. Die jeweiligen Leistungen der Planung und des Neubaus können von verschiedenen Unternehmen durchgeführt werden. Gegenüber dem Auftraggeber ist jedoch ein Gesamtangebot abzugeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Landkreis Esslingen beabsichtigt, für die zu erbringenden planerischen und baulichen Leistungen für das Verwaltungsgebäude (inklusive Abbruch, Altlastenentsorgung und interimistische Maßnahmen hinsichtlich des Erweiterungsbaus) sowie der Außenanlagen und Möblierung, ein Budget von höchstens 119 000 000,00 EUR brutto (KG 200 bis 700) bereitzustellen. Der Betrag sollte unterschritten werden und beinhaltet sämtliche Nebenkosten. Der Auftraggeber behält sich vor diesem Hintergrund vor, das Vergabeverfahren bei Überschreiten dieser Summe ggf. aufzuheben.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/07/2021 End: 30/11/2025

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Bewerberauswahl erfolgt in einem dreistufigen Verfahren. Zunächst wird

1) geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden. Anschließend wird;

2) beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen. Schließlich wird;

3) unter den Bewerbern anhand der Referenzen gem. Ziffer III.1.3 (1-3) der EU-Auftragsbekanntmachung (Mindestreferenzen) der EU-Auftragsbekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Für die Auswahl werden jeweils nur die als priorisiert gekennzeichnete Referenz für „Schlüsselfertige Bauleistung“ sowie die als priorisiert gekennzeichnete Referenz für „Planung Gebäude und Innenräume“ und die als priorisiert gekennzeichnete Referenz für „Planung

Technische Gebäudeausrüstung“ berücksichtigt. Hierzu sind die Referenzen durch den Bewerber zu priorisieren. Erfolgt, auch nach ggf. erfolgter Nachforderung, keine Priorisierung durch den Bewerber, so wird die Vergabestelle die Referenzen priorisieren und entsprechend in die Wertung einbeziehen.

Die Vorlage von mehr als jeweils 5 Referenzen „Schlüsselfertige Bauleistung“, „Planung Gebäude und Innenräume“ und „Planung Technische Gebäudeausrüstung“ ist nicht erwünscht. Dabei werden die Referenzen „Schlüsselfertige Bauleistung“ in den nachfolgend benannten Kriterien bepunktet:

- Kriterium „Zeitpunkt Inbetriebnahme“,
- Kriterium „Bauvolumen“,
- Kriterium „Gebäudeart“,
- Kriterium „DGNB“,
- Kriterium „BIM“.

(Nähere Angaben finden Sie hierzu im Bewerbermemorandum auf den Seiten 11 und 12 oben.)

Weiterhin werden die Referenzen „Planung Gebäude und Innenräume“ in den nachfolgend benannten Kriterien bepunktet:

- Kriterium „Anrechenbare Herstellkosten (KG 200 bis 500)“,
- Kriterium „Gebäudeart“,
- Kriterium „DGNB“,
- Kriterium „BIM“.

(Nähere Angaben finden Sie hierzu im Bewerbermemorandum auf den Seiten 12 und 13 oben.)

Weiterhin werden die Referenzen „Planung Technische Gebäudeausrüstung“ in den nachfolgend benannten Kriterien bepunktet:

- Kriterium „Anrechenbare Herstellkosten (KG 400)“,
- Kriterium „Komplexität TGA“,
- Kriterium „Planungsumfang HLSKE“,
- Kriterium „DGNB“,
- Kriterium „BIM“.

(Nähere Angaben finden Sie hierzu im Bewerbermemorandum auf den Seiten 13 und 14 oben.)

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1) Vorbemerkung

- a) Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen;
 - b) Ist ein Unternehmen - sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder im Wege der Eignungslleihe – an mehreren Bewerbungen beteiligt, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. im Wege der Eignungslleihe einbezogen ist, führen;
 - c) Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungslleihe, vgl. § 6d EU VOB/A). In diesem Fall ist der Vergabestelle mit Einreichung des Teilnahmeantrags nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem beispielsweise die diesbezüglichen verpflichtenden Zusagen der Unternehmen vorgelegt werden. Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1 bis III.1.3 hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 6e EU Abs. 1 bis Abs. 4 VOB/A und § 6e EU Abs. 6 VOB/A vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 6e EU Abs. 1 bis 4 VOB/A vor, so ist das Unternehmen auf Anforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 6e EU Abs. 6 VOB/A vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.
- Vorstehende Ausführungen unter 1. gelten für die Nachweise nach III.1.2 und III.1.3 entsprechend.

2) Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen in Bezug auf Ausschlussgründe einzureichen:

- (1) Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe des § 6e EU Abs. 1 bis Abs. 4 VOB/A nicht vorliegen;
 - (2) Eigenerklärung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 6e EU Abs. 6 VOB/A;
 - (3) Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Mindestlohngesetzes (MiLoG).
- 3) Vorzulegende Nachweise der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen in Bezug auf die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung einzureichen:

- (1) Aktueller Nachweis über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder in die Handwerksrolle.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- (1) Unverbindliche Erklärung eines in der EU niedergelassenen Kreditinstituts, dass dieses im Auftragsfall eine Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 10 % der Bruttoauftragssumme stellen wird. Dieser Nachweis ist bei Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen;
- (2) Nachweis des Abschlusses einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 10,0 Mio. EUR oder Erklärung einer Versicherung, im Auftragsfall Versicherungsschutz in der geforderter Höhe zu stellen.
Dieser Nachweis ist bei Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen.
- (3) Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die

mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, jeweils aufgeschlüsselt nach „Planungsleistungen Gebäude und Innenräume“, „schlüsselfertiger Bau“ und „Planung Technische Gebäudeausrüstung“.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

(1) Angaben über die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem Leitungspersonal, jeweils aufgeschlüsselt nach „Planung Gebäude und Innenräume (§ 34 HOAI)“, „schlüsselfertiger Bau“ und „Planung Technische Gebäudeausrüstung“;

(2) Angaben über die Ausführung vergleichbarer Leistungen zum „Schlüsselfertigen Bau von Verwaltungsgebäuden“, „Planung Gebäude und Innenräume (§ 34 HOAI) für Verwaltungsgebäude“ und „Planung Technische Gebäudeausrüstung“.

Bei Bewerbungsgemeinschaften müssen die Referenzen von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft nur für die Teilleistung („Schlüsselfertiger Bau“, „Planung Gebäude und Innenräume (§ 34 HOAI)“) bzw. „Planung Technische Gebäudeausrüstung“ erbracht werden, für deren Erbringung das jeweilige Unternehmen nach der von der Bewerbungsgemeinschaft vorgesehenen Aufgabenteilung vorgesehen ist.

Für jede Referenz sind unter Verwendung der nachfolgenden Formblätter (als Anlagen C, D und E) folgende Angaben einzureichen:

- Projektbezeichnung,
- Bauherr/Auftraggeber mit Ansprechpartner und Telefonnummer,
- Beschreibung,
- Leistungsumfang,
- Angaben über erbrachte Leistungen (Aufteilung siehe jeweiligen Referenzbereich)
- Herstellkosten (spezifische KG siehe jeweiligen Referenzbereich) in Euro brutto,
- Angaben zur Gebäudeart, DGNB-Zertifizierung sowie BIM-Planung,
- Zeitraum der Bau- bzw. Planungsleistungen,
- Zeitpunkt Inbetriebnahme,
- ggf. weitere Beschreibung inkl. Bildern.

Die Vorlage von mehr als jeweils 5 Referenzen für „Schlüsselfertiger Bau“, „Planungsleistungen Gebäude und Innenräume“ sowie „Planung Technische Gebäudeausrüstung“ sind nicht gewünscht.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Zu (2):

- Mindestens eine Referenz über schlüsselfertige Bauleistungen „Neubau Büro- oder Verwaltungsgebäude“ für einen öffentlichen Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber im Bereich Hochbau mit Projektvolumen (KG 200-700, inkl. KG 600 nach DIN 276 in aktueller Fassung) von mind. 25 Mio. EUR brutto, Fertigstellung (Abnahme) in den letzten 5 Jahren (d. h. ab dem 1.1.2014).
- Mindestens eine Referenz über Planungsleistungen „Gebäude und Innenräume“ für den „Neubau eines Büro- oder Verwaltungsgebäudes“ für einen öffentlichen Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber im Bereich Hochbau (Komplexität mindestens Honorarzone III sowie Leistungsphasen 2-5) mit anrechenbaren Kosten (KG 200-500 nach DIN 276 in aktueller Fassung) mind. EUR 20 Mio. brutto, Fertigstellung (gemeint bis einschließlich LPH 8) in den letzten 5 Jahren (d. h. ab dem 1.1.2014),
- mindestens eine Referenz über Planungsleistungen „Technische Gebäudeausrüstung“ für ein „Gebäude mit technischer Gebäudeausrüstung“ KG 410-480 mit vergleichbarer Komplexität im Bereich Hochbau (Leistungsphasen 2-5) mit anrechenbaren Kosten (KG 400

nach DIN 276 in aktueller Fassung) mind. 10 Mio. EUR brutto, Fertigstellung (gemeint bis einschließlich LPH 8) in den letzten 5 Jahren (d. h. ab dem 1.1.2014).

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Für Bewerbungsgemeinschaften gilt:

Es gibt keine Vorgabe hinsichtlich der Rechtsform. Erforderlich ist die Einreichung einer von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft unterzeichneten Erklärung folgenden Inhalts:

- (1) plausible Darstellung der Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbungsgemeinschaft;
- (2) Benennung des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbungsgemeinschaft;
- (3) Erklärung, dass dieser Vertreter die Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft während des gesamten Verfahrens rechtsverbindlich vertritt;
- (4) Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen;
- (5) Erklärung, dass alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 26/06/2019 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Es wird darauf hingewiesen, dass das am 1.7.2013 in Kraft getretene Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Die Teilnahmeformulare sind unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse abrufbar. Ebenfalls dort abrufbar ist ein Bewerbermemorandum. In diesen Teilnahmeunterlagen sind wesentliche Teile der ausgeschriebenen Leistung sowie der Verfahrensvorgaben bereits dargestellt. Unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse werden auch Antworten auf Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem Verfahren müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags sowie vor Ablauf der Teilnahmefrist prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMZY8F7

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

Fax: +49 721926-3985

Internet address: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:
 - 1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
 - 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für

Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

Fax: +49 721926-3985

Internet address: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.5. Date of dispatch of this notice

10/05/2019